

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Sächse, Baruth (Märk).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsbetrags.
Mittwoch: Unterhaltungsblatt „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgelappte Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigelappte Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sächse, Baruth (Märk). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich gelieferte Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: „Wort und Bild“, illustriertes Sonntagsblatt.

Nr. 27

Sonnabend, den 3. März

1928

Frankreich rollt die Frage der Militärkontrollen auf.

Erste politische Schwierigkeiten auf der Tagung des Völkerbundes.

Die am Montag in Genf beginnenden Verhandlungen des Völkerbundes werden zum Inhalt die Frage einer militärischen Kontrolle des Völkerbundes in Ungarn haben, und zwar wird diese Frage durch die französische Regierung aufgeworfen. Die französische Regierung möchte einmal das Verfahren der Militärkontrollen des Völkerbundes, der sogenannten Invektion, in Gang bringen, besonders gegen Ungarn, um ihr Ansehen bei den von der französischen Politik abhängigen Staaten des Ostens zu verstärken. Sie möchte aber auch zweitens mit einem einmal gefassten grundsätzlichen Beschlusse des Völkerbundes für eine Invektion die notwendigen praktischen Vorbereitungen für den Fall treffen, daß sie einmal den Wunsch haben sollte, eine Militärkontrolle des Völkerbundes auch gegenüber Deutschland durchzuführen. Aus dieser Situation können in Genf sehr ernste politische Schwierigkeiten entstehen. Von der Haltung der deutschen Delegation bei dieser Frage wird hier viel für die künftige Behandlung der Kontrollfrage zwischen Deutschland und Frankreich und damit auch für die Frage der Rheinländerung abhängen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung des Völkerbundes haben weniger Bedeutung. Die wichtigsten französischen Fragen sind bereits von der Tagesordnung wieder abgesetzt. Im übrigen gedenkt man die Zahl der Ratssitzungen in jedem Jahre zu beschränken.

Coolidge über Amerikas Flottenprogramm.

Washington. Präsident Coolidge soll den ihn zu weiterer Beschränkung der Flottenrüstungen auffordernden Delegierten kirchlicher Vereinigungen erwidert haben, das gegenwärtige Marineprogramm halte sich innerhalb der in Genf von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Grenzen und bleibe weit hinter den damaligen englischen Bedingungen zurück. Es könne daher nicht als aggressiv oder unmaßig bezeichnet werden. Amerika wünsche Frieden, und kein anderes Land brauche sich wegen der amerikanischen Flottenbauten zu beunruhigen.

Das Notprogramm stößt auf Schwierigkeiten.

Es ist behauptet worden, es würden sich Schwierigkeiten bei der Durchführung des Notprogramms hauptsächlich hinsichtlich der Gefrierfleischzufuhr ergeben, die herabgesetzt werden soll. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, nimmt man nicht an, daß diese Meldungen richtig sind, da auch das Zentrum für das Fleischprogramm des Reichsernährungsministers eintreten dürfte. Die Schwierigkeiten liegen vielmehr bei der Behandlung der Zentralforschungsanstalt und des Rentenbankgesetzes. Man erwartet, daß Preußen auf diesem Gebiet im Reichsrat einen Vorstoß machen wird. Im Reichstag ist es auch bekannt, daß Preußen in dieser Hinsicht auf die Zentrumsfraktion des Reichstages einen starken Druck ausübt. Es dürfte die sofortige Inangriffnahme der Materie nötig sein, damit man erkennen kann, ob überhaupt die Durchführung des Notprogramms, wie sie zwischen den früheren Regierungsparteien vereinbart wurde, möglich ist.

Die Notlage der memelländischen Landwirtschaft.

Memel. Die von etwa 500 Landwirten besuchte Generalversammlung des Verbandes der Landwirtschaft im Memelgebiet in Pogegen entrollte ein trauriges Bild der Lage der memelländischen Landwirtschaft. In zahlreichen Reden wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Ruin der Landwirtschaft und damit des ganzen Memelgebietes nur noch durch schleunige Herabsetzung von Steuern und Zöllen sowie durch Binden der Wirtschaftsverträge mit Deutschland verhindert werden könne. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, durch Gewährung langfristiger Kredite, Aufhebung des Einfuhrzolls für wirtschaftliche Bedarfsartikel, Befreiung der hohen Pacht- und Abgabengebühren sowie durch Steuerermäßigungen und -freistellungen der Landwirtschaft zu helfen.

Der Betrag bei den Leunawerken vor Gericht.

Frankenthal. Im Anschluß an die Vernehmung Wagners wurde zu Beginn des dritten Verhandlungstages eine Kassafrage verhandelt. Wagner gab zu, seinen Helfershelfern nach seiner Bestätigung Anweisung gegeben zu haben, wie sie sich verhalten sollten, wenn die Betrüger seinen Firma einmal aufgedeckt würden.

Der erste Mitangeklagte und frühere Leiter der bautechnischen Abteilung, Oberingenieur Schönborg, bestritt jede Schuld, stellte auch in Abrede, daß er in seinem geschäftlichen Verkehr mit Wagner über die Grenzen des üblichen hinausgegangen sei und Geschenke, die er als Schmiergelder hätte betrachten müssen, angenommen habe. Der Mitangeklagte Ingenieur Fröhlich gab zu, von Wagner Geldebeträge in Höhe von 6- bis 7000 Mark erhalten zu haben.



Furchtbares Bergwerkunglück bei Recklinghausen.

Zwei Förderkörbe abgestürzt. — 12 Tote, 35 Schwerverletzte.

Recklinghausen. Auf der Zeche „Ewald Fortsetzung in Erlenschwi“ bei Recklinghausen ereignete sich Donnerstag früh ein schweres Unglück. Zwei Förderkörbe stürzten infolge Seilbruchs in die Tiefe. Nach den vorläufigen Feststellungen waren die beiden Förderkörbe mit insgesamt 48 Mann besetzt. Hiervon sind 12 Mann tot, die übrigen 36 mehr oder minder schwer verletzt.

Das Unglück, das zu den schwersten seiner Art gehört, die in den letzten Jahren im Ruhrbergbau vorgekommen sind, ereignete sich mit dem ersten Seilfahrzug, der mit Beuten der Nachtschicht aus der Grube bzw. mit Beuten der Morgenschicht in die Grube fuhr. Die Ursache der Katastrophe ist bisher noch völlig unaufgeklärt. Der Förderkorb wird durchaus neuerlich von zwei erfahrenen, zuverlässigen Maschinisten bedient. Möglicherweise der weiche aufgehende Förderkorb unter die feste Gangordnung. Der mit 27 Mann vollbesetzte Seilkorb niedergehende Förderkorb sauste in den Schacht. Die Rettungsarbeiten vollzogen sich trotz der lokalen Schwierigkeiten in geradezu vorbildlicher Weise. In nicht ganz anderthalb Stunden war die Bergung sämtlicher Opfer vollzogen. Die Toten sind auf der Zeche aufgebahrt.

Die Toten und Verletzten haben furchtbare Schädel- und Knochenbrüche und innere Quetschungen davongetragen. Bei einer Reihe der Schwerverletzten ist der Zustand so bedenklich, daß mit einer weiteren Steigerung der Zahl der Todesopfer gerechnet werden muß.

Am der Stätte des Todes.

Angst und Sorge trieb Laufende vor die Schacht- eingänge, die freilich gesperrt waren. Auf dem Gelände vor der Schachtanlage und auf den Straßen, die zu der Gewerkschaft führten, wurde die Menschenmenge immer größer, und die unermessbar wirren Gedächtnisse zeigten eine bedrückend schwüle Atmosphäre, die die Spannung aufs Höchste trieb, zumal man eine Anzahl von Tragbaren zum Förderkorb bringen sah, auf denen sich meist nur Verletzte befanden, aber auch schon über manchen war bereits das stille Totentuch gebreitet — davon Kunde gehend, daß eine Anzahl Lebenslifter bei der schweren Pflichterfüllung in harter Tragik unvermittelt ausgeblieben.

Der König von Afghanistan spendet 20 000 Mark für die Armen Berlins. Der König von Afghanistan hat 1000 englische Pfund (= 20 000 Mark) für die Armen Berlins gespendet, die dem Magistrat Berlin zu Händen von Oberbürgermeister Böß übergeben wurden.

Das afghanische Königspaar in Dessau und Dresden. Das afghanische Königspaar hat sich von Berlin aus nach Dessau begeben, wo es als wärmste begrüßt wurde. Nach einer Besichtigung der Zimmerswerke begab sich das Königspaar sofort nach Dresden.

Die Landwirtschaftshilfe vor dem Reichstag.

Reichsernährungsminister Schiele leitete die Aussprache im Reichstag am Mittwoch mit programmatischen Erklärungen über die Hilfe der Reichsregierung für die Landwirtschaft ein. Zur Stabilisierung der Viehpreise seien ein Betrag von 22 Millionen Reichsmark, zur Finanzierung des landwirtschaftlichen Personalbedarfs und des Warenumsatzes 25 Millionen, zur raschen Durchführung von Maßnahmen gegen die dringenden Notstände 30 Millionen, zum Zweite der Beschaffung langfristigen Reiskapitals 100 Millionen vorgesehen. Die Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte, führte Schiele weiter aus, werde durch die gewaltige Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln entscheidend beeinflusst. Sie habe im letzten Jahre den Betrag von 4 Milliarden Mark überfliegen. Hiervon könnten wie 3 Milliarden durch eigene Erzeugung erliegen. Vorausgesetzt dafür würde

eine planmäßige Handelspolitik

sein. In der Aussprache will der Sozialdemokrat Tempel die Not der Landwirtschaft dadurch heben, daß die Kaufkraft der Bevölkerung heraufgehoben werde. Der Deutschnationale Jandrey erklärte, die Hilfsaktion könne nur ein Anfang sein. Das Kontingent von 120 000 Tonnen Gefrierfleisch entspräche einer Menge von 1,2 Millionen Schweinen. Wenn man diese der Landwirtschaft abnehmen würde, würde man ihr schon große Hilfe leisten. Abgeordneter Neyses (Ztr.) hielt die Hilfsaktion für etwas reichlich spät. Besonders groß sei die Notlage in den östlichen und westlichen Grenzgebieten. Durch die jetzige Not verlören wir ganze Provinzen im Frieden.

Der Volksparteiler Janson bezeichnete die Neuverzinzung der hohen Schulden als geradezu erdrückend. Dem Notprogramm müßten weitere Maßnahmen folgen. Zur Hebung des Milchabsatzes sollte man die Qualität verbessern. Die Industrie habe sich in ihrer Not faktelliert; die Landwirtschaft konnte das wegen ihrer Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen nicht. Deshalb brauche sie Hilfe. Außerdem der bayerische Volksparteiler Lang nach für die Allgäuer Milchwirtschaft gesprochen hatte, wurde die Debatte geschlossen.

Ein Beigeordneter des Deutschen Städtetages ins Reichsinnenministerium berufen. Zu der vorbereitenden Beratung der Fragen, die den im Verfolg der Länderkonferenz einzuuberufenden Verfassungsausschuß beschäftigen sollen, ist Herr D. Völler, Beigeordneter des Deutschen Städtetages, vorübergehend in das Reichsinnenministerium berufen worden.

Um die Verabschiedung des Verfassungsgesetzes. Im Reichstagsauschuß für Kriegsbefähigungsfragen ließ die Regierung erklären, daß ihr an einer Verabschiedung des Verfassungsgesetzes nicht gelegen sei. Sie sei bereit, in bestimmten Fragen entgegenzukommen. Der Ausschuß beschloß, einen Unterausschuß einzusetzen, um über die kritischen Punkte zu einer Einigung zu gelangen.